

veröffentlicht vom Frauenkomitee des Nationalen Widerstandsrates Iran

Die religiösen Faschisten, die mein Land beherrschen

Westliche Härte ist notwendig

von Maryam Rajavi

**Maryam Rajavi, Präsidentin des Nationalen Widerstandsrates Iran (im Exil in Paris)**

Die Welt - Paris - Nach dem Zweiten Weltkrieg fragte Franklin D. Roosevelt Winston Churchill, wie sie den Krieg nennen sollten. Churchill schlug vor, ihn den "Unnötigen Krieg" zu nennen. Denn, so sagte er, wenn die Alliierten 1935 und 1936 ein paar einfache und praktische Maßnahmen ergriffen hätten, wären 100 Millionen Menschenleben gerettet worden.

Die heutige Nuklearkrise mit dem iranischen Regime erinnert immer stärker an die Mittdreißiger. Jetzt, da Teheran die Urananreicherung wiederaufnimmt, wer könnte da nicht darüber in Sorge sein, daß die Mullahs die Bombe in die Hände bekommen?

2006 scheint das Jahr zu sein, in dem die Krise mit dem im Iran herrschenden fundamentalistischen Regime eskaliert. Aber es könnte ebenso das Jahr eines positiven Wandels im Iran sein, sofern die Welt eine korrekte Politik betreibt; aber es bleibt nicht viel Zeit. Im Westen wird nur schlecht verstanden, daß der Oberste Führer Ali Chamenei vor allem mit Mahmud Ahmadi-Nedschad als Präsident an seiner Seite nicht nur der internationalen Gemeinschaft den Krieg erklärt, sondern auch den Krieg gegen das iranische Volk verschärft hat. Das Ziel dieses Krieges besteht darin, einen demokratischen Wandel zu verhindern, den 90 Prozent des iranischen Volkes wünschen. Im Sommer 2002 hat der iranische Widerstand die Orte der wichtigsten geheimen

Nuklearanlagen, die Pläne für die Urananreicherung und die Plutoniumproduktion enthüllt und die Welt auf ein gefährliches Programm aufmerksam gemacht, das 18 Jahre lang ein Geheimnis gewesen war. Dreieinhalb Jahre lang hat die internationale Gemeinschaft jedoch versäumt, Teherans Nuklearakte vor den Sicherheitsrat zu bringen. In dieser Zeit hat Teheran die Atomanlage in Isfahan und die Schwerwasseranlage in Arak fertiggestellt. Zum Ende des nächsten Jahres werden die Mullahs in der Lage sein, atomwaffenfähiges Material zu produzieren. Das Regime kann in Natans 50 000 Zentrifugen zum Einsatz bringen. Es verfügt zudem über Trägerraketen mit einer Reichweite zwischen 1500 bis 2000 Kilometern. Bald werden die Mullahs Raketen bauen, die Berlin erreichen können.

Die Welt ist auf der Suche nach einer Lösung. Dabei scheinen die einzigen Optionen die stille Akzeptanz einer Atommacht Iran und ein Angriffskrieg zu sein. Krieg ist aber nicht die Alternative zur Nachgiebigkeit, sondern ihre natürliche Folge. Acht Jahre westlicher Konzessionen, um den vermeintlich "gemäßigten" früheren Präsidenten Mohammed Chatami zu stärken, haben Chamenei die Gelegenheit gegeben, die extremsten Fraktionen an die Macht zu bringen und alle Hindernisse aus dem Weg zu räumen, die dem Iran den direkten Zugriff auf Atomwaffen und die Beherrschung des Irak

verwehrt. Seit dem Antritt von Ahmadi-Nedschad hat Chamenei die Machtbefugnisse des Obersten Nationalen Sicherheitsrats ausgebaut, indem er sieben Direktorate schuf, ihnen eine exekutive Rolle gab und sie den Revolutionsgarden überantwortete.

Achtzehn Jahre der Geheimhaltung durch die Mullahs und mehr als drei Jahre Tatenlosigkeit haben die Welt in große Gefahr gebracht. Aber es gibt eine dritte Option: ein demokratischer Wandel im Iran durch das iranische Volk und den Widerstand. Trotz brutaler Unterdrückung gab es allein im vergangenen Dezember im ganzen Land 730 Protestaktionen und Streiks. Der organisierte Widerstand mit seinen 120 000 Opfern für die Sache der Freiheit spiegelt das Verlangen der iranischen Gesellschaft nach Freiheit wider.

Bisher hat der Westen alle Gesten des guten Willens gegenüber den Mullahs demonstriert. Das offizielle Angebot der EU-3 an das Teheraner Regime vom Oktober 2004 bestand darin, daß Europa weiterhin die Organisation der Volksmudschaheddin Irans (PMOI) auf seiner Terroristenliste führen werde, sollten die Mullahs ihr Nuklearprogramm begrenzen. Das war eine große Konzession, die dem iranischen Regime nichts anderes signalisierte, als daß ein politischer Wandel gar nicht auf der Tagesordnung stehe. Es wurde weithin als westliche Beteiligung an der Unterdrückung des iranischen Volkes interpretiert. Selbst hochrangige westliche Politiker geben heute zu: Die PMOI als Terrororganisation einzustufen war eine Geste des guten Willens gegenüber Teheran.

Heute besteht Bedarf nach einer anderen Geste des guten Willens - doch dieses Mal gegenüber dem iranischen Volk. Um den Wandel zu bewerkstelligen, verlangt der iranische Widerstand vom Westen weder Geld noch Waffen. Wenn der Westen aufhört, den Mullahs Konzessionen zu machen, werden nicht länger Petrodollars die Truhen der Mullahs füllen. Wenn das Schweigen und das Nichtstun angesichts der systematischen Menschenrechtsverletzungen und terroristischen Verbrechen beendet werden und die Terroristenliste ebenso wie andere

ungerechte Restriktionen gegen den Widerstand beseitigt werden, dann ist der Wandel in Reichweite. Die Nuklearakte der Mullahs vor den UN-Sicherheitsrat zu bringen ist ein notwendiger Schritt. Aber andere Schritte sollten ganz folgen:

- Die Verhängung von Öl-, Waffen-, Technologie- und diplomatischen Sanktionen.
- Die Einrichtung eines internationalen Gerichtshofes zur Untersuchung der Greuelthaten des iranischen Regimes und seiner Führer gegen das iranische Volk und seine terroristischen Verbrechen außerhalb des Iran.
- Entfernung des ungerechtfertigten Terroristenetiketts von den Volksmudschaheddin des Iran.

Heute, 70 Jahre nachdem das Appeasement der Welt gegenüber einem Tyrannen zum Krieg geführt hat, muß die Welt sich mit den religiösen Faschisten, die mein Land beherrschen, auseinandersetzen, um zu verhindern, daß 2006 das 1936 unserer Generation wird. Dazu müssen ein paar einfache, praktische Maßnahmen ergriffen werden. Wir haben die Wahl.

**** Die Autorin ist Präsidentin des Nationalen Widerstandsrates Iran, einer Koalition aus Oppositionskräften im Exil***

Verschärfung von Unterdrückung und Hinrichtungen signalisieren die noch nie da gewesenen Razzien im

Verweisung der Menschenrechtsakte Irans an den Sicherheitsrat ist dringlich

Das iranische Regime erhängte gestern öffentlich zwei Dissidenten, Ali Afravi und Mehdi Navaseri, wegen angeblicher Bombenanschläge in der südlichen Stadt Ahwaz.

Berichten zufolge versammelte sich eine Menge, die aus Mitgliedern der Revolutionsgardisten und parlamentarischen Basij Kräften bestand, an dem Platz der Hinrichtung und riefen Parolen gegen die

USA, Großbritannien und Israel. Das Gerichtsverfahren zweier Gefangene ist nicht mit dem niedrigsten internationalen Standard zu vergleichen.

Das iranische Regime erhängte letzte Woche weiterhin einen 22-jährigen Mann in Meshkin –Shahr (Nordwesten Irans). Auch ein 24-jähriger wurde im Ghazwin-Gefängnis hingerichtet. Ein Beamter der Staatssicherheitskräfte bestätigte die Hinrichtung eines weiteren Gefangenen in Now-shahr (Norden Irans), der lediglich durch seine Initialen M.A. identifiziert wurde.

Am 28. Februar wurde Ajlal Aghvami, der letzten Sommer während der Kurdestan-Aufstände festgenommen wurde wegen angeblicher „Verdorbenheit auf Erden“ hingerichtet. Die Medien des klerikalen Regimes berichteten am 1. März, dass sechs Männer, die lediglich durch ihre Vornamen Kheirollah, Golam, Ebrahim, Javad, Vali und Mohammed-Reza identifiziert wurden, durch die Justiz des Regimes die Todesstrafe erhielten.

Ruz, eine staatliche Tageszeitung berichtete, dass letzten Monat die Justiz des Regimes mehr als 30 Todesurteile erteilte.

Das Mullah-Regime hat während der vergangenen Tage am Vorabend ihrer Verweisung an den UN-Sicherheitsrat die Welle der Hinrichtungen, in dem Bestreben die öffentlichen Demonstrationen und Aufstände einzudämmen, dramatisch erhöht.

Das iranische Regime hat in Anschluss an die Hinrichtung eines Mitglieds des iranischen Widerstandes und der Volksmodjahedin, Hojjat Zamani, die meisten politischen Gefangenen zu Einzelzellen verurteilt, wo ihr Schicksal unbekannt ist.



Der iranische Widerstand lenkt die Aufmerksamkeit des UN-Sicherheitsrates, des

Menschenrechtskommissariats, des Hohen Menschenrechtskommissariats und alle Menschenrechtsorganisationen auf den steigenden Trend von Hinrichtungen im Iran.

Der iranische Widerstand drängt ferner zur Verweisung der Menschenrechtsakte des iranischen Regimes an den UN-Sicherheitsrat zur Ergreifung sofortiger Maßnahmen, um die Massenhinrichtungen von politischen Gefangenen im Iran aufzuhalten.

Das Sekretariat des Nationalen Widerstandsrates Irans
3. März 2006

Die Charta der grundlegenden Freiheiten für den Iran von morgen

"Im Iran von morgen wird es volle Meinungs-, Rede- und Pressefreiheit geben. Jede Art von Zensur oder Gesinnungskontrolle ist verboten."

Die grundlegenden Freiheiten

Am 16. Juni 1995 verkündete Maryam Rajavi, in einer per Satellit übertragenen Ansprache, die sich an 15.000 Teilnehmer einer Großkundgebung in Deutschland und Zehntausende von Menschen in anderen Ländern richtete, ihre Charta über die grundlegenden Freiheiten im zukünftigen Iran: Der Text der Charta lautet wie folgt:

1) Im Iran von morgen wird es volle Meinungs-, Rede- und Pressefreiheit geben. Jede Art von Zensur oder Gesinnungskontrolle ist verboten.

2) Im Iran von morgen wird die Betätigung von Parteien, Vereinen, politischen Gruppen, Verbänden und Gewerkschaften völlig frei sein, mit Ausnahme derer, die loyal gegenüber den Diktaturen des Schahs und Khomeini sind. Bis zur Grenze des bewaffneten Aufstandes gegen die legitime Regierung und das Rechtssystem des

Landes ist diese Freiheit unbeschränkt.

3) Im Iran von morgen wird die Regierung des Landes nur durch allgemeine Wahlen und Volksabstimmungen legitimiert. Gesetze werden nur gültig und amtlich sein, wenn sie von der Legislative des Landes verabschiedet werden.

4) Im Iran von morgen werden die persönliche und berufliche Sicherheit aller gesellschaftlichen Gruppen sowie die persönlichen und sozialen Rechte, wie sie in der Allgemeinen Menschenrechtserklärung festgelegt sind, garantiert sein.

5) Im Iran von morgen werden alle vom Khomeini-Regime hinterlassenen Unterdrückungsorgane und alle Sondergerichte und -Richter abgeschafft. Das Recht auf

Verteidigung, das Recht auf Gründung und freie Betätigung von Anwaltsvereinen und öffentliche Gerichtsverfahren im Beisein von unparteiischen Beobachtern sind gewährleistet.

6) Im Iran von morgen werden Frauen und Männer gleiche soziale, politische und kulturelle Rechte genießen, darunter:

- Das aktive und passive Wahlrecht bei allen Wahlen und das Stimmrecht bei allen Referenda.
- Das Recht auf Beschäftigung und freie Berufswahl und das Recht auf Bekleidung jedes öffentlichen oder Regierungsamtes, jeder Funktion und jedes Berufs auch in allen Einrichtungen der Justiz.
- Das Recht auf freie politische und gesellschaftliche Betätigung, soziale Beziehungen und Reisen ohne Erlaubnis irgendeiner anderen Person.
- Das Recht auf Inanspruchnahme – ohne Diskriminierung – aller Einrichtungen und Mittel im Bereich der Ausbildung, der Erziehung, des Sports und der Kunst; und das Recht auf Teilnahme an allen sportlichen und künstlerischen Aktivitäten.
- Das Recht auf freie Wahl des Ehepartners, Gleichstellung beim Scheidungsrecht und Abschaffung der Polygamie.

7) Im Iran von morgen werden alle Privilegien aufgrund des Geschlechts, der ethnischen Herkunft und des Glaubens abgeschafft, und alle Bürger genießen gleiche politische und bürgerliche Rechte.

8) Im Iran von morgen ist jede Art der Diskriminierung der Anhänger der verschiedenen Religionen und Konfessionen bei der Inanspruchnahme ihrer persönlichen und sozialen Rechte verboten. Kein Bürger wird aufgrund seiner Zugehörigkeit zu einer Religion oder Konfession beim Zugang zum Richteramt oder beim anderen persönlichen oder sozialen Rechten, sei es beim Wahlrecht, im Beruf oder in der Ausbildung, bevorzugt oder benachteiligt. Die Befähigung von Justizbeamten wird nicht aufgrund ihrer Religion oder Gesinnung beurteilt.

9) Jeglicher erzwungene Religions- und Ideologieunterricht sowie der Zwang zur Ausübung oder Nichtausübung von religiösen Riten und Bräuchen sind verboten. Das Recht auf Unterricht, Verbreitung und freie Ausübung der Riten und Bräuche aller Religionen und Konfessionen sowie die Achtung und Sicherheit aller zugehörigen Einrichtungen werden gewährleistet.

10) Im Iran von morgen wird das Recht des kurdischen Volkes auf Autonomie gemäß dem vom Nationalen Widerstandsrat Iran verabschiedeten Plan anerkannt, um die Volkssouveränität, die territoriale Integrität und die nationale Konsolidierung und Einheit des Landes so weit wie möglich zu stärken.

11) Im Iran von morgen wird jede Form der Diskriminierung von ethnischen Volksgruppen, wie den Kurden, Balutschen, Arabern oder Turkmenen, verboten sein. Im Rahmen der nationalen Einheit und territorialen Integrität Irans genießen sie alle kulturellen, sozialen und politischen Rechte und Freiheiten.

12) Im Iran von morgen, wo die Arbeiter, die Bauern und die vielen Arbeitnehmer in den Städten und Dörfern die treibende Kraft für den Fortschritt, den Wiederaufbau und den Wohlstand sein werden, werden alle gegen die Arbeiter und die Bauern gerichteten Gesetze abgeschafft. Die unter dem Mullah-Regime gemachten Schulden werden den Bauern und Arbeitern erlassen. In Zusammenarbeit mit den Arbeitern und Bauern, denen der Ertrag ihrer Arbeit gehört, werden neue Gesetze verabschiedet.

13) Im Iran von morgen sind alle patriotischen Akademiker, Wissenschaftler und Künstler willkommen, um am Wiederaufbau für den Fortschritt und die Unabhängigkeit des Landes und zum Wohle der Bevölkerung mitzuwirken. Ihre Ideen, Kenntnisse und Bemühungen gelten als unsere wertvollste nationale menschliche Ressource. Alle, die wegen ihrer Zugehörigkeit zum Widerstand oder wegen der Verfolgung unter dem Khomeini-Regime ins Exil gehen mussten, werden im Iran von morgen herzlich willkommen sein.

14) Im Iran von morgen werden die freie Marktwirtschaft, der Privatbesitz und Investitionen zur Entwicklung der Wirtschaft und Produktion des Landes gewährleistet sein.

15) Im Iran von morgen werden die sozialen Versorgung und die Bereitstellung von Arbeitsplätzen, Wohnungen, medizinischer Versorgung und Ausbildung für die Unterprivilegierten und Armen, darunter die Arbeiter, Bauern, staatlichen Angestellten, Lehrer und Rentner, Priorität haben.

16) Die Beziehungen des Irans von morgen mit der internationalen Gemeinschaft und anderen Ländern werden auf der Unabhängigkeit Gleichberechtigung und auf dem Schutz der nationalen Interessen und Territorien basieren. Der Iran wird sich nicht in die Angelegenheiten anderer einmischen, und wird andere daran hindern, sich in die inneren Angelegenheiten des Irans einzumischen er wird sich für Frieden, friedliche Koexistenz sowie regionale und internationale Zusammenarbeit einsetzen.

